

71/PET XXIV. GP

Eingebracht am 20.01.2011

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Petition

Abg z Nationalrat
DI Dr Wolfgang PIRKLHUBER



Parlament

Der Grüne Klub im Parlament
A-1017 Wien

Telefon (01) 401 10 - 6698
Telefax (01) 401 10 - 6793, 6883
Email: infopool@gruene.at
Web: <http://www.gruene.at>

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag^a Barbara Prammer

Parlament
1017 Wien

Wien, 20. Jänner 2011

Betreff: Petition betreffend eine rasche, menschenrechtskonforme und humanitäre Reform des österreichischen Fremdenrechts

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Gemäß § 100 Abs. 1 GOG-NR überreichen wir die Petition betreffend eine rasche, menschenrechtskonforme und humanitäre Reform des österreichischen Fremdenrechts mit dem Ersuchen um geschäftsordnungsmäßige Behandlung.

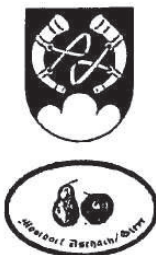
Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Pirklhuber

DER GRÜNE KLUB IM PARLAMENT
A-1017 Wien, Telephon +43-1-40110-6672, Telefax +43-1-40110-6882, DVR 0543888;
Email: wolfgang.pirklhuber@gruene.at

Dienstleistungsbetrieb

Wasser – Kanal - Schule – Kindergarten
 Straßen - Gehsteige – Winterdienst
 Feuerwehr - Vereine – Kultur – Spielplätze –
 Tourismus – Wanderwege - Freizeit
 Gesundheitsdienst - Rettungswesen
 Geburten – Hochzeiten - Sterbefälle
 Meldewesen – Bauangelegenheiten
 und vieles mehr

Gemeinde

Gemeindeamt Aschach an der Steyr
 DVR. 0478091 - Bezirk Steyr-Land
Hauptstraße 27, 4421 Aschach a. d. Steyr

Bearbeiter: Monika Steinmair
 Tel. 07259/3412-14, Fax: 07259/3412-8
 e-mail: gemeinde@aschach-steyr.ooe.gv.at
www.aschach-steyr.at

Aschach an der Steyr, am 21.12.2010
 AZ: 004-1/2010/St

Bundeskanzleramt
 Ballhausplatz 2
 1014 Wien

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Gemeinderat der Gemeinde Aschach an der Steyr hat in der Sitzung am 15.12.2010 folgende Resolution beschlossen:

„Der Gemeinderat Aschach/Steyr fordert die österreichische Bundesregierung und die zuständige Bundesministerin für Inneres auf, einen sofortigen Abschiebestopp für Minderjährige und deren Familien anzuordnen und umgehend Maßnahmen zu setzen, die eine Schubhaft für Minderjährige verhindern, sowie integrierten und unbescholtenen Drittstaatsangehörigen, die sich seit mindestens fünf Jahren im Bundesgebiet aufhalten, ein generelles Bleiberecht zu gewähren. Weiters möge die Bundesregierung bzw. die Bundesministerin für eine rasche, menschenrechtskonforme und humanitäre Reform des österreichischen Fremdenrechts Sorge tragen.“

Begründung:

In den letzten Tagen und Wochen haben zahlreiche tragische Fälle von Abschiebungen Minderjähriger sowie integrierter Mitmenschen in Österreich die Öffentlichkeit bewegt und berührt. Während alle politisch Verantwortlichen die Schuld für menschenunwürdige Abschiebungen von sich weisen - so etwa im Fall der Steyrer Zwillinge Komani - werden laufend weitere Fälle bekannt, die einer zivilisierten Gesellschaft unwürdig sind: so wurde etwa im Juni ein fünf Monate alter Säugling, Sohn eines Österreicher, nach Tschechien abgeschoben. Der Selbstmordversuch von Dennis M. aus Steyr vor wenigen Tagen, der bereits 5 Jahre in Österreich lebt und seit seinem 11ten Lebensjahr auf der Flucht ist, führt uns die gesamte menschliche Tragweite solcher Asylentscheidungen ein Mal mehr vor Augen.

Diese menschenunwürdige - auch von vielen Organisationen (Caritas, SOS Mitmensch, Volkshilfe, Katholische Aktion uvm.) beanstandete - Abschiebepaxis in Österreich macht eine umgehende Willensäußerung des Gemeinderates für einen Abschiebestopp integrierter Mitmenschen und das Eintreten für ein menschengerechtes Bleiberecht wie im Antrag oben beschrieben nötig.

Freundliche Grüße

Bgm. Karl Bogengruber